

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
24.Oktober 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 12/SVV/0753 - Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts für die
Gedenkstätte Lindenstraße
Oberbürgermeister
- 3.2 Museum Lindenstraße 54/55
Vorlage: 11/SVV/0623
Fraktion BürgerBündnis
- 3.3 Potsdam Museum Lindenstraße 54
Vorlage: 11/SVV/0861
Fraktion DIE LINKE
- 3.4 Besetzung der Leitung der Gedenkstätte Lindenstraße 54
Vorlage: 12/SVV/0142
Fraktion Die Andere
- 3.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.6 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
- 3.7 Änderung der Hauptsatzung - Einwohnerversammlungen
Vorlage: 12/SVV/0608
Fraktion FDP
auch AG Geschäftsordnung
- 3.8 Verhandlungen zur Stromtrasse in Marquardt
Vorlage: 12/SVV/0658
Fraktion DIE LINKE
- 3.9 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD

- 3.10 Kein Verkauf der Heidesiedlung
Vorlage: 12/SVV/0714
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.11 Sanierung der Heidesiedlung
Vorlage: 12/SVV/0730
Fraktion Die Andere

- 3.12 Wohnungen Am Findling
Vorlage: 12/SVV/0734
Fraktionen SPD, CDU/ANW
mit Ea Fraktion BürgerBündnis

- 3.13 Sitzungskalender 2013
Vorlage: 12/SVV/0463
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 3.14 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung
Potsdam zum 31.12.2010 und Auflösung des Eigenbetriebes
bzgl. DS 09/SVV/0042, DS 10/SVV/0069 und DS 10/SVV/0070
Vorlage: 12/SVV/0674
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 3.15 Bezügeberichte Geschäftsführer städtischer Gesellschaften
Vorlage: 12/SVV/0713
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
mit Äa Fraktion SPD

- 3.16 10 Jahre Eingemeindung
Vorlage: 12/SVV/0717
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD, Fraktion B90/Die Grünen

- 3.17 Aufgaben des Bürgerbüros
Vorlage: 12/SVV/0719
Fraktion CDU/ANW

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Touristischer Marketingplan 2013
Vorlage: 12/SVV/0677
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 5 Sonstiges

- 5.1 Verkauf des Hauses Dortustraße 59 (12/SVV/0744)
Fraktion BürgerBündnis

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.Oktober 2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- Tagesordnungspunkt 3.6, Pachtzins für alternative Wohnprojekte, DS 11/SVV/0874, da die Gespräche nach wie vor nicht abgeschlossen sind und Stillschweigen über den Verhandlungsstand vereinbart wurde. Auf Nachfrage von Frau B. Müller, wie lange der Antrag noch zurückgestellt werden soll, wird ein Zwischenbericht für die Hauptausschusssitzung am 09. Januar 2013 vereinbart.
- Tagesordnungspunkt 3.7, Änderung der Hauptsatzung – Einwohnerversammlungen, DS 12/SVV/0608 – hierzu hat die Fraktion FDP noch Rücksprachebedarf mit der Verwaltung

Zum Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ ist um Informationen zum Verkauf des Hauses Dortustraße 59 (12/SVV/0744) und zum Tierheim gebeten worden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 79. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 24. Oktober 2012 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 12/SVV/0753 - Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts für die Gedenkstätte Lindenstraße

Oberbürgermeister

Gegen das beantragte Rederecht für Herrn Ladner erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend erläutert Herr Ladner den Prozess der Entscheidungsfindung und betont, dass sich mit der Frage des Stiftungsrechts intensiv befasst worden sei. Bisher habe jedoch sowohl die finanzielle als auch die personelle Ausstattung gefehlt. Er bedankt sich bei Herrn Jetschmanegg für die Einladung zum Workshop und die Möglichkeit, sich zu diesen Fragen zu positionieren. Er bittet, dem jetzt vorgeschlagenen Stiftungsmodell zuzustimmen.

Anschließend erinnert Herr Jetschmanegg an die vor einem Jahr ausgereichte

Mitteilungsvorlage mit dem Vorschlag, die Gedenkstätte Lindenstraße anders zu organisieren, um deren Profil zu stärken, das Engagement des Landes mit einzubeziehen und eine Trägerschaft zu organisieren. Vorgeschlagen werde nun die Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts; da das Verfahren sehr aufwendig sei, gehe es jetzt um die Grundsatzentscheidung – alle anderen Entscheidungen sollen in einem zweiten Schritt getroffen werden. Ebenso habe sich der Ausschuss für Kultur intensiv mit der Thematik befasst und im Juni dieses Jahres ein Hearing zum Thema Finanzierung und Trägerschaft stattgefunden. Im Ergebnis habe die überwiegende Mehrheit einem Stiftungsmodell, so wie vorgeschlagen, zugestimmt.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass sich auch der Ausschuss für Kultur mit der Vorlage befassen werde. Dessen Novembersitzung finde jedoch erst nach der nächsten Hauptausschusssitzung statt, so dass evtl. ein Votum des Hauptausschusses ohne Empfehlung des Ausschusses für Kultur abgegeben werden müsse.

Anschließend erläutert Herr Dr. Strachwitz an Hand visueller Darstellungen (ist der Niederschrift als Anlage sowie im RIS beigefügt) die Ausgangssituation, den Auftrag der StVV und seine dazu abgegebene Empfehlung sowie die Arbeitsgrundlagen, die finanzielle Absicherung, die Rolle der Landeshauptstadt und weitere nach der Beschlussfassung notwendige Schritte.

Anschließend betont Frau Dr. Schröter, dass sich der Ausschuss für Kultur lange mit der Thematik beschäftigt und Anhörungen zu den einzelnen Rechtsformen veranstaltet habe - dieser Weg habe sich aus heutiger Sicht bestätigt. Auf ihre Nachfrage, ob die Forderung, die Gespräche mit den Beteiligten (besonders die, die sich mit dem Zeitraum 1933 – 1945 beschäftigen) zu intensivieren, umgesetzt wurde, entgegnet Herr Jetschmanegg, dass das Konzept diesbezüglich geändert und dauerhafte Gespräche vereinbart worden seien.

Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen und vereinbart, alle vorliegenden Drucksachen zu diesem Thema in der Hauptausschusssitzung am 28.11.2012 wieder aufzurufen.

zu 3.2 **Museum Lindenstraße 54/55**
Vorlage: 11/SVV/0623
Fraktion BürgerBündnis

zurückgestellt bis zur Hauptausschusssitzung am 28.11.2012

zu 3.3 **Potsdam Museum Lindenstraße 54**
Vorlage: 11/SVV/0861
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt bis zur Hauptausschusssitzung am 28.11.2012

zu 3.4 **Besetzung der Leitung der Gedenkstätte Lindenstraße 54**
Vorlage: 12/SVV/0142
Fraktion Die Andere

zurückgestellt bis zur Hauptausschusssitzung am 28.11.2012

zu 3.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Richter informiert, dass 14-tägig intensive Gespräche mit den Beteiligten geführt werden, die jetzt in der Schlussphase angekommen seien. Derzeit werden Möglichkeiten zur Schließung der Finanzierungslücke geprüft, so dass er davon ausgehe, das Ergebnis dem Hauptausschuss in der Sitzung am 12. Dezember vorlegen zu können.

zu 3.6 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

zurückgestellt bis zur Hauptausschusssitzung am 09. Januar 2013.

zu 3.7 Änderung der Hauptsatzung - Einwohnerversammlungen

Vorlage: 12/SVV/0608

Fraktion FDP

auch AG Geschäftsordnung

zurückgestellt

zu 3.8 Verhandlungen zur Stromtrasse in Marquardt

Vorlage: 12/SVV/0658

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass sich dieser Antrag mit der Annahme des Dringlichkeitsantrages in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erledigt hat. Er führt weiter aus, dass die Fraktion DIE LINKE in der letzten Woche das Gespräch mit den Marquardtern gesucht habe und in diesem Zusammenhang um die Prüfung einer Erdverkabelung gebeten wurde. Er bittet, dies in die Gespräche mit einzubeziehen und einen Bericht darüber zu geben, was der Oberbürgermeister seit Beschlussfassung des Dringlichkeitsantrages unternommen habe.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Gespräche noch im November stattfinden sollen und derzeit die Terminabstimmung laufe.

Herr Schubert bittet, die komplette Trassenführung dabei im Auge zu behalten, da z. B. auch der Ortsteil Golm betroffen sei. Bis zum Abschluss der Gespräche solle der Antrag der Fraktion SPD zurückgestellt werden.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.9 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und Golm

Vorlage: 12/SVV/0664

Fraktion SPD

Bis zum Abschluss der Gespräche **zurückgestellt** – siehe TOP 3.8.

zu 3.10 Kein Verkauf der Heidesiedlung
Vorlage: 12/SVV/0714

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Eingangs erhält Frau Katharina Tietz, Sprecherin der betroffenen Mieter/innen der Heidewegsiedlung **Rederecht** und informiert über die Gründe, die aus Sicht der Mieter gegen einen Verkauf der Häuser spricht.

Anschließend bittet der Oberbürgermeister alle drei dazu vorliegenden Anträge einzubringen, was für die DS 12/SVV/0714 durch Herrn Schüler erfolgt, für die DS 12/SVV/0730 durch Herrn Sändig und für die DS 12/SVV/0734 durch Herrn Schubert.

Anschließend betont der Oberbürgermeister, dass nicht alle der geforderten Informationen im öffentlichen Teil gegeben werden können und die Zuständigkeit der Entscheidung über einen Verkauf bei der Gesellschafterversammlung liege. Er bittet, seine ausdrückliche Zusicherung, dass kein Beschluss der Gesellschafterversammlung herbeigeführt werde, solange die vorliegenden Anträge nicht abschließend beraten wurden, in die Niederschrift aufzunehmen.

Herr Westphal äußert anschließend, dass detaillierte Zahlen im nicht öffentlichen Teil vorgelegt werden können und wenn es zu einem Verkauf komme, die bestehenden oder auch zu gründende Genossenschaftsmodelle unter Einbeziehung der Mieter berücksichtigt werden.

Zum Verfahren informiert der Oberbürgermeister über den Vorschlag der Pro Potsdam, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Stadtverordnetenversammlung und Mietern zu bilden und bittet um die Statements der Fraktionen dazu.

Herr Dr. Scharfenberg betont für die Fraktion DIE LINKE, dass diese die Veräußerung kommunalen Eigentums ablehne und die Frage beantwortet haben wolle, ob es Bedingungen gebe, die die Folgen der Sanierung mindern und die Mieter sichern. Der Vorschlag der Pro Potsdam sei diskussionswürdig und er fordert, diese Diskussion öffentlich mit den Mietern zu führen und die Stadtverordnetenversammlung entscheiden zu lassen. Er könne dem Vorschlag der Pro Potsdam unter bestimmten Voraussetzungen folgen, wenn z. B. Ersatzwohnungen für Mieter, die das wünschen, zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso betont Frau Bankwitz, dass die Fraktion BürgerBündnis gegen die Veräußerung kommunalen Vermögens sei. Sie bringt den Änderungsantrag der Fraktion zur DS 12/SVV/0734 mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister als Gesellschafter der Pro Potsdam wird aufgefordert, des Weiteren darzustellen, welche Auswirkungen es haben würde, wenn ein potenzieller Investor verpflichtet würde, die Miete nach der Sanierung auf 6,50 €/m² kalt für die Bestandsmieter zu kappen.

und stimmt im Weiteren dem Vorschlag der Pro Potsdam ebenso zu wie Herr Schubert für die Fraktion SPD. Herr Schubert bittet außerdem um eine schriftliche Bereitstellung der notwendigen Informationen, um eine Entscheidungsgrundlage für die Fraktionen zu haben. Er spricht sich dafür aus, den Antrag der Fraktion SPD heute abzustimmen; der Ergänzungsantrag der Fraktion BürgerBündnis werde übernommen. Auf Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg, dass im Antrag auf die nicht öffentliche Information abgestellt werde, das aber sauber als vertrauensbildende Maßnahme getrennt werden sollte, streicht Herr Schubert das Wort „nicht öffentlich“.

Zustimmung zum Vorschlag der Pro Potsdam signalisieren auch Herr Sändig für die Fraktion Die Andere und Herr Schüler für die Fraktion Bündnis 90/ Die

Grünen.

Im Weiteren wird der geänderte Antrag der Fraktion SPD zur Abstimmung gestellt (siehe TOP 3.12) und einstimmig angenommen.

Der von Herrn Dr. Scharfenberg gestellte Antrag mit dem Wortlaut:

Der Hauptausschuss lehnt einen Verkauf der Heidesiedlung nach dem Höchtgebotsverfahren ab.

kann nicht abgestimmt werden, da er nicht entsprechend der Geschäftsordnung eingebracht wurde.

Die beiden anderen Anträge werden so lange zurückgestellt, bis ein Ergebnis der Arbeitsgruppe vorliegt. In der Arbeitsgruppe werden neben Vertretern der Pro Potsdam, je ein Vertreter der Fraktionen (eine entsprechende Information soll bis zum Dienstag, 20.11.2012 im Büro des Oberbürgermeisters vorliegen), drei Vertreter der Mieterschaft und ein Vertreter des Mietervereins Babelsberg mitarbeiten.

Dieser **Verfahrensvorschlag** wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **angenommen**.

zu 3.11 Sanierung der Heidesiedlung

Vorlage: 12/SVV/0730

Fraktion Die Andere

zurückgestellt – siehe TOP 3.10

zu 3.12 Wohnungen Am Findling

Vorlage: 12/SVV/0734

Fraktionen SPD, CDU/ANW

mit Ea Fraktion BürgerBündnis

Herr Schubert übernimmt den Ergänzungsantrag der Fraktion BürgerBündnis und streicht aus dem Beschlusstext der Fraktion SPD das Wort „nicht öffentlich“ – siehe TOP 3.10.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister als Gesellschafter der ProPotsdam wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung vor weiteren Vermarktungsaktivitäten zum Wohnkomplex Am Findling ~~nichtöffentlich~~ darzustellen, aus welchen Gründen die ProPotsdam sich für die Veräußerung entschieden hat. Dabei ist insbesondere aufzuzeigen, welche Alternativen zu einer Privatisierung geprüft wurden und welche Auswirkungen verschiedene Sanierungsvarianten (einschließlich ohne Sanierung) auf die Miethöhe der betreffenden Wohnungen und die wirtschaftliche Lage des Unternehmens haben.

Der Oberbürgermeister als Gesellschafter der Pro Potsdam wird aufgefordert, des Weiteren darzustellen, welche Auswirkungen es haben würde, wenn ein potenzieller Investor verpflichtet würde, die Miete nach der Sanierung auf 6,50 €/m² kalt für die Bestandsmieter zu kappen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.13 Sitzungskalender 2013
Vorlage: 12/SVV/0463

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Diese Vorlage wurde dem Hauptausschuss **zur Erledigung überwiesen**.

Der Oberbürgermeister verweist auf die Problematik, eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Vorabend des Tages der Deutschen Einheit durchzuführen. Eine Verschiebung der Sitzung werde die Herbstferien frequentieren, so dass er eine ersatzlose Streichung des Sitzungstermins vorschläge. Diese Änderung wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **angenommen**.

Der Sitzungskalender mit der o. g. Änderung sowie mit allen Änderungen, die mit den „Stellungnahmen der Ausschüsse“ ausgereicht wurden, wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Sitzungskalender 2013 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien, mit der Streichung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.10.2013 sowie allen Änderungen, die mit den „Stellungnahmen der Ausschüsse“ ausgereicht wurden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.14 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung Potsdam zum 31.12.2010 und Auflösung des Eigenbetriebes bzgl. DS 09/SVV/0042, DS 10/SVV/0069 und DS 10/SVV/0070
Vorlage: 12/SVV/0674

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Redebedarf besteht zu dieser Vorlage nicht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung Potsdam zum 31.12.2010 wird gemäß § 7 Ziff. 4 der Eigenbetriebsverordnung (EigV) festgestellt.
2. Den Abwicklern/ Werkleitern, Herrn Schenke und Herrn Steffens, wird für das Geschäftsjahr 2010 gemäß § 7 Ziff. 5 EigV Entlastung erteilt.
3. Die Bestellung von Frau Monika Macknow als Kassenverwalterin des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung Potsdam wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.15 Bezügeberichte Geschäftsführer städtischer Gesellschaften
Vorlage: 12/SVV/0713

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
mit Äa Fraktion SPD

Nachdem im Rahmen der Diskussion die Zielstellung des Antrags geklärt wurde, verweist der Oberbürgermeister auf den Änderungsantrag der Fraktion SPD mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Corporate Governance Codex, eine verbindliche Regelung über die Veröffentlichung der aktuellen Bezügeberichte für die Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften der Stadtverordnetenversammlung zu treffen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die **im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Corporate Governance Codex, eine verbindliche Regelung über die Veröffentlichung der** aktuellen Bezügeberichte der ~~Wirtschaftsprüfer~~ für die Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften der Stadtverordnetenversammlung ~~zur Kenntnis zu geben~~ **zu treffen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **9**
Ablehnung: **4**
Stimmenthaltung: **/**

zu 3.16 10 Jahre Eingemeindung

Vorlage: 12/SVV/0717

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD, Fraktion B90/Die Grünen

Herr Rietz bringt den Antrag ein, der anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planung entsprechend des von ihm im Hauptausschuss am 08.08.2012 eingebrachten veränderten Beschlusstextes zur DS 12/SVV/0255 (Motto des Jahres 2014) für eine gebührende Würdigung zum 10. Jahrestag der Eingemeindungen der Ortsteile im Jahr 2013 vorzustellen. Ebenfalls soll eine Vorausschau für das Themenjahr 2014 und die Einbindung der Ortsteile vorgestellt werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu in ihrer Sitzung am 05.12.12 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **13**
Ablehnung: **3**
Stimmenthaltung: **0**

zu 3.17 Aufgaben des Bürgerbüros
Vorlage: 12/SVV/0719
Fraktion CDU/ANW

Nachdem Herr Rietz den Antrag eingebracht hat, empfiehlt der Oberbürgermeister, diesen abzulehnen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im zukünftigen Bürgerbüro auch eine aktive Unterstützung der Ortsbeiräte bzw. der Ortsvorsteher bei der Bewältigung der bürokratischen Aufgaben wie z. B. Anträge zur Akteneinsicht und Antragstellung geleistet werden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im I. Quartal 2013 dazu berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **3**

Ablehnung: **10**

Stimmhaltung: **3**

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Touristischer Marketingplan 2013

Vorlage: 12/SVV/0677

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Hütte erläutert die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Verkauf des Hauses Dortustraße 59 (12/SVV/0744)

Fraktion BürgerBündnis

Bezug nehmend auf das Anliegen des Antrags, der in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr behandelt wurde, führt Herr Klipp aus, dass keinerlei Interesse der Bewohner gegenüber seinem Geschäftsbereich oder dem Sanierungsträger signalisiert wurde. Ein diesbezügliches Verfahren könne besprochen werden, weil hierzu noch nichts fixiert sei. Auf die Nachfrage zur Zeitschiene verweist er darauf, dass die Ausschreibung noch nicht erfolgt sei.

neu Tierheim

Verweisend auf die aktuelle Beschlusslage fragt Herr Dr. Scharfenberg nach dem Stand des Ausschreibungsverfahrens. Frau Latacz-Blume führt aus, dass der Kontakt mit der LEG aufgenommen wurde und diese am 22. Oktober mitgeteilt habe, dass sie die Verwendung einer Teilfläche für diesen Zweck akzeptiere und die Grunddienstbarkeit gewähre. Am 09. November habe eine gemeinsame Begehung der LEG und dem Bereich Recht und Grundstücksmanagement stattgefunden; derzeit prüfe die LEG die Höhe der entstehenden Wertminderung und den Umfang der notwendigen Umzäunung, Tore und Schranken, so dass sie meine, vor Ende November liegen keine Ergebnisse vor. Nach Einschätzung des Bereiches Recht werde vor 2013 keine Ausschreibung erfolgen können.

